
Bericht

Die Knebelung der brasilianischen Gewerkschaften*

Der Prozeß gegen Luis Inácio da Silva („Lula“)

Das Urteil

Am 25. Februar dieses Jahres verurteilte ein Militärgericht in São Paulo den Vorsitzenden der Metallarbeitergewerkschaft von São Bernardo Do Campo/Diadema, Luis Inácio da Silva (genannt Lula), zu 3/4 Jahren Gefängnis, gegen weitere zehn Gewerkschafter wurden Haftstrafen von insgesamt 27 Jahren verhängt. Zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Der Prozeß war hinter bürgerkriegsähnlichen Absperrungen innerhalb eines Tages abgewickelt worden, nachdem es zuvor um den Prozeßbeginn ein wochenlanges Tauziehen gegeben hatte, das unter anderem dem Ziel diente, die angekündigten ausländischen Prozeßbeobachter fernzuhalten.

Die Gewerkschafter waren angeklagt, gegen Artikel 36, § 11, des „Gesetzes zur Nationalen Sicherheit“ der „Lei de Seguranga National“, verstoßen zu haben, der im Falle der „Anstiftung zur kollektiven Gesetzesmißachtung“ Freiheitsstrafen zwischen zwei und zwölf Jahren vorsieht. Die Schnelligkeit der Urteilsfindung und -verkündung war nicht zuletzt dem Umstand zu verdanken, daß weder die Angeklagten noch deren Verteidiger im Gerichtssaal anwesend waren. Sie hatten eine Teilnahme abgelehnt, da den Verteidigern wenige Tage vor

* Dieser Bericht beruht auf den Eindrücken eines einwöchigen Aufenthaltes des Verfassers in Brasilien, wohin der Verfasser als Prozeßbeobachter des DGB gesandt worden war. Ich danke allen, die mir mit schriftlichen und mündlichen Informationen geholfen haben.

dem Prozeßbeginn eröffnet worden war, das Urteil stehe bereits fest und sei schon unterschrieben.

Nach dem Richterspruch meldeten sich Lula und seine Kollegen ordnungsgemäß bei der Polizei, die sie sofort in Haft nahm, jedoch nach 19 Stunden bis zur Entscheidung über die von den Rechtsanwälten eingelegte Berufung wieder auf freien Fuß setzte. Der Zeitpunkt der Wiederaufnahme des Prozesses in der zweiten Instanz, dem Obersten Militärgerichtshof in Brasilia, ist ungewiß. Die Verurteilten haben nicht nur ihre Ämter als Gewerkschaftsfunktionäre verloren, sondern auch das passive Wahlrecht. Lula aber ist Präsident der neuen „Partido dos Trabalhadores“ (PT); im Jahr 1982 werden Wahlen stattfinden. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, die Zusammenhänge herzustellen.

Industrialisierung ohne sozialpolitische Modernisierung?

Wenn im fernen Brasilien Staat und Gewerkschafter aufeinanderschlagen, kann das in Europa, erst recht nicht in der Bundesrepublik, mit Gleichmut aufgenommen werden. Es geht nicht nur um die Verletzung von Grund- und Menschenrechten in einer sich - so lautet der eigene Anspruch - „öffnenden“ südamerikanischen (Militär-)Diktatur. Da ist von internationaler Gewerkschaftssolidarität mehr als ein Lippenbekenntnis verlangt. Es geht auch um die Politik der multinationalen Unternehmen deutscher Herkunft, es geht um VW und Daimler-Benz, um nur zwei zu nennen. Wenn diese Unternehmen sich dort ansiedeln, werden die Gründe dafür in besonders günstigen Verwertungsbedingungen zu suchen sein. Das stimmt in materieller Hinsicht; doch hat dies einen arbeitsrechtlichen Hintergrund - die Fesselung der brasilianischen Gewerkschaften.

Die extrem hohen Wachstumsraten der brasilianischen Wirtschaft sind allerdings vorüber. Das Zahlungsbilanzdefizit Brasiliens wächst, es ist das größte Schuldnerland der Welt und weist eine Inflationsrate von jährlich über 100 Prozent auf. Die Industrialisierung Brasiliens beruht ganz überwiegend auf der Motorisierung mit allen Folgen für die Wirtschaftsstruktur, die Umwelt, die Stadtentwicklung, die Sozialpsychologie, die wir auch bei uns kennen - nur um ein Vielfaches verstärkt und ins Groteske vergrößert. Seitdem Brasilien versucht, Öl durch Treibstoff aus Alkohol auf Zuckerrohrbasis zu ersetzen, um seine Zahlungsbilanz zu verbessern, wirkt sich die Industrialisierung qua Automobil in verheerender Weise auch auf die ökonomische und soziale Struktur der Landwirtschaft aus.

Ganz ähnlich dem Industrialisierungsprozeß im Europa des 19. Jahrhunderts gibt es eine starke Landflucht, ein explosionsartiges Anwachsen städtischer Bevölkerung, vor allem in der ABC-Region um São Paulo (so genannt nach den Städten Santo Andre, Sao Bernardo und Sao Caetano, neuerdings ergänzt durch Diadema). Im Bundesstaat São Paulo konzentrieren sich 60% der brasilianischen Industrie; 36% des Volkseinkommens werden dort von 20% der brasilianischen Bevölkerung erarbeitet. In der ABCD-Region erinnert die rücksichtslose Urbanisierung ohne historisch gewachsene Zentren an das nördliche Ruhrgebiet um die Jahrhundertwende - mit erheblichen infrastrukturellen Defiziten, z. B. im Bildungs- und Gesundheitssektor. Auch andere soziale Rand- und Folgeerscheinungen der Industrialisierung - Jugendlichkeit der städtischen Bevölkerung, Beibehaltung agrarischen generativen Verhaltens (viele Kinder), Zerreißen familiärer Strukturen (räumliche Trennung der Generationen in der Großfamilie), Überangebot an ungelernten Arbeitskräften und Kinderarbeit sind zu beobachten. Dazu gehört auch die Tatsache, daß es die besser qualifizierten Arbeiter in den multinationalen Konzernen sind, die die Oppositionsbewegung in den staatlich gelenkten Gewerkschaften tragen. Dem Anschwellen des städtischen Proletariats entspricht ein sprunghaftes Ansteigen städtischer Armut, die in riesigen Wellblech- und Bretter-Slums (Favelas) auch optisch stark in Erscheinung tritt. Doch hat die Industrialisierung auch eine

Beschleunigung des sozialen Differenzierungsprozesses insofern bewirkt, als das Kleinbürgertum, eine Mittelschicht aus Angestellten und Kleingewerbetreibenden, im vergangenen Jahrzehnt besonders stark gewachsen ist. Dieser sozialen Schicht gilt nicht zuletzt der Prozeß der politischen Öffnung, „abertura“, der vom Staatspräsidenten Geisel eingeleitet und von seinem Nachfolger Figueredo fortgesetzt wurde. Diese politische Öffnung des Systems vermochte die sozialen Schranken vor der Arbeiterschaft bisher nicht zu überwinden, und soweit es Anzeichen dafür gab, sind sie im Strudel der Krise wieder verschwunden.

Grundzüge der brasilianischen Arbeits- und Sozialordnung

Der Prozeß gegen Lula und seine Kollegen ist der Punkt, an dem über das Ausmaß, den Fortgang oder das Ende der „abertura“ entschieden wird. Es wird über die weitere Entwicklung - oder Stagnation - des brasilianischen Systems der Arbeitsbeziehungen mitentschieden. Vor Gericht stehen nicht nur die Gewerkschafter, sondern das System des Arbeitsrechtes und der Sozialpolitik, als dessen wichtigster Zug im Zusammenhang dieses Berichtes die Beschränkung gewerkschaftlicher Rechte genannt werden kann.

Der Anklagepunkt, auf den die Militärrichter - ein Oberstleutnant, zwei Hauptleute und ein Leutnant - sich beriefen, der Straftatbestand „Anstiftung zu kollektiver Gesetzesmißachtung“ nach Artikel 36 des „Gesetzes zur Nationalen Sicherheit“ steht für das, was Lula und die anderen Metallarbeitergewerkschafter tatsächlich getan hatten: Sie hatten im April 1980 zum Streik aufgerufen. Diesem Streik, der zu jenem Zeitpunkt nach brasilianischem Recht nicht legal, aber nichts weniger als legitim war, schlossen sich zeitweise 200 000 Arbeiter an. Auch nach der Verhaftung Lulas und zwölf anderer Gewerkschafter durch die politische Polizei (DOPS) hielt der Streik an. Eine riesige Maifeier im Stadion von Vila Euclides, während derer der Bischof dieser Region, Dom Claudio Hummes, eine Messe zelebrierte, wurde von offenen Hubschraubern bedroht, in denen Soldaten mit Maschinengewehren saßen. Nach vier Wochen Haft, erst Mitte Mai, wurden Lula und seine Kollegen wieder freigelassen. Seitdem schwebt das Verfahren vor dem Militärgericht.

Die brasilianische Verfassung gewährt das Streikrecht. Doch es ist, wie die Gewerkschaften selbst auch, eingebunden in ein arbeitsrechtliches System, das in seinen Grundzügen dem faschistisch-korporativistischen Arbeitsrecht Mussolinis (Carta del Lavoro, 1927) entlehnt ist. De facto besteht ein Streikverbot. Die Phase der Lohnverhandlungen, in der die Gewerkschaften ihre Forderungen direkt an die Unternehmer richten, haben kaum eine Bedeutung. Diese Verhandlungen - während derer nicht gestreikt werden darf - bewegen sich im Rahmen eines staatlich festgelegten Lohnindex. Wird dieser in der Gewerkschaftsforderung überschritten, können die Unternehmer eine suspensive Zwangsschlichtung durch ein Arbeitsgericht beantragen - das ist der Regelfall. Sind die Unternehmer bereit, diesen Index zu überschreiten - z. B. weil das Angebot qualifizierter Arbeitskräfte so gering ist, daß Lohnanreize notwendig sind -, stoßen sie dabei ebenfalls auf staatlich festgelegte Grenzen, über die hinaus sie erhöhte Lohnkosten nicht in die Preise weitergeben können.

Das System ist so kompliziert, daß die unterschiedlichsten Konstellationen dabei entstehen können. So gibt es im Management der multinationalen Konzerne durchaus Bestrebungen, die Löhne in Direktverhandlungen mit den Gewerkschaften, also ohne die dauernde Staatsintervention, auszuhandeln und dabei auch Streiks in Kauf zu nehmen. Die rechtlichen Bestimmungen zur Vermeidung von Streiks gehen so weit, daß im Fall eines Ausstandes in der ersten Phase der Lohnverhandlungen die Unternehmer den Staat regreßpflichtig machen können. Der Staat garantiert den Unternehmen gewissermaßen die von ihm korporativistisch organisierte Arbeitskraft. Die Gewerkschaften sind - wie schon erkennbar - nicht autonom, haben nicht das volle Koalitionsrecht, das ein faktisches Streikrecht und Tarifautonomie

einschlosse. Sie sind auch organisatorisch nicht autonom, sondern dem Arbeitsministerium unterstellt. Es gibt, mit starker regionaler Untergliederung, acht nationale Gewerkschaftsföderationen. Ein Dachverband ist nicht zugelassen. Zwangsbeiträge für alle Arbeitnehmer, Kontrolle und Bezahlung der Gewerkschaftsfunktionäre durch das Arbeitsministerium runden dieses Bild einer quasi-faschistischen Arbeits- und Sozialordnung ab. Es ist kein Wunder, wenn dieses System nicht nur von den Arbeitnehmern als Unterdrückung, sondern auch von einigen Unternehmen, vor allem denen europäischen Ursprungs, als unmodern empfunden wird - trotz hoher Renditen.

Ein neuer Typ von Gewerkschaft und Partei

In der Arbeiterschaft vor allem der ABCD-Region gibt es seit einigen Jahren starke Bestrebungen, innerhalb der bestehenden Gewerkschaften eine Opposition aufzubauen, eine „authentische“ Gewerkschaftsbewegung ins Leben zu rufen. Seit drei Jahren hat diese Bewegung im Spektrum der Parteien, das sich seit der „abertura“ von zwei auf sechs erweitert hat, eine parteipolitische Entsprechung, die „Partido dos Trabalhadores“ (PT), deren Vorsitzender Lula ist. Die PT ist erfolgreich basisorientiert. Dieses Konzept wurde in bewußter Absetzung von den auch in Brasilien bekannten Kaderpraktiken der brasilianischen KP entwickelt, die halblegal nach Apparatfunktionen strebt und dabei auch weitgespannte politische Bündnisse nicht sehr scheut. Auch an der Demokratischen Arbeiterpartei (PTD) von Leonel Brizola (bis vor einiger Zeit einziger Ansprechpartner der SPD) mit ihrer überwiegend kleinbürgerlichen Basis, scheint die neuere Entwicklung einer „authentischen Arbeiterpartei“ vorbeizugehen. Die „Authentizität“ ist in Brasilien deshalb ein so wesentlicher und wichtig genommener Zug dieser neuen Bewegung, weil es in Lateinamerika und besonders in Brasilien eine lange Tradition des Populismus gibt. Typisch dafür ist der Versuch einzelner Intellektueller und/oder Militärs, sich in den unteren Schichten der Bevölkerung eine Anhängerschaft zu verpflichten, dabei aber Selbsttätigkeit und politische Bewußtwerdungsprozesse ihrer sozialen Basis zu vermeiden. In der PT gibt es einen weiten ideologischen Pluralismus, der alle Spielarten von Sozialisten, von Christen bis zu Trotzlisten einschließt. Ein starker Zustrom von Intellektuellen bedeutet für die PT gegenwärtig Erfolg und Problem zugleich.

Die Basis-Orientierung der Gewerkschaftsopposition und der PT ist deren größte Stärke, und die Empfindlichkeit der Regierung für die Erfolge der Gruppe um Lula ist darin zu sehen, daß die wachsende Anhängerschaft und eine bereits in Gang gekommene überregionale Erweiterung des Aktionsradius der PT für das politische System Brasiliens in seiner gegenwärtigen Verfassung eine ernste Gefährdung darstellt.

Dies gilt auch für die Person von Lula selbst, der in Brasilien einen neuen Typus des Politikers darstellt. Der heute erst 35 Jahre alte Waldarbeitersohn aus dem elenden Norden Brasiliens (Pernambuco) ist eben nicht die in Lateinamerika bekannte Figur des aus der Bourgeoisie stammenden populistischen Führers. Mit zwölf Jahren begann er zu arbeiten, zuletzt als Dreher. Er ist Autodidakt mit einer hohen politischen und rhetorischen Begabung, urwüchsig, entschlußkräftig und tief verwurzelt in der Arbeiterschaft, in der er nach wie vor lebt. In der ABCD-Region ist er der fast unumstrittene Arbeiterführer. Er hat sich aber spätestens seit den Streiks der Metallarbeiter von 1979 und 1980 landesweit Anerkennung erworben. Auf seiner ersten Reise nach Europa zu Anfang des Jahres 1981 beeindruckte er hier Gewerkschafter und Parteiführer mit seinem Auftreten.

Der Vergleich mit Lech Walesa liegt nahe und wird immer wieder angeführt. In der Tat: Sie entstammen der gleichen Generation und sind Autodidakten; es gibt bei beiden aus gleichen Motiven Bindungen zur Kirche (sie trafen sich vor kurzem beim Papst in Rom).

Beide rühren an die Legitimation von Systemen, die Agrar- und Industrieländer zugleich sind und behaupten, die Arbeiterinteressen seien darin gut aufgehoben. Beide stehen an der Spitze „authentischer“ basisorientierter Bewegungen. Ein Unterschied wird Lula in Brasilien auch in den eigenen Reihen immer wieder vorgehalten: Während Walses darauf verzichtete, „Politik“ zu machen - eine Partei zu gründen -, hat dies Lula für notwendig erachtet. Dies erklärte Lula mit den völlig unterschiedlichen politischen Strukturen beider Länder und argumentiert, er würde in Polen wie Walses und Walses in Brasilien wie er handeln. Solange es ein Gesetz zur nationalen Sicherheit gebe, nach dem Streiks bestraft werden könnten, sei der Aufbau einer eigenen Partei zwingend. Politisch-ideologisch läßt sich Lula nicht festlegen, seine Standardantwort auf diesbezügliche Fragen ist die, daß er Metallarbeiter sei. Es gebe innerhalb kapitalistischer Systeme Gesellschaften, in denen es den Arbeitern entschieden bessergehe als in sozialistischen und erst recht als in Brasilien - und das sei das Entscheidende. Wenn dafür eine Revolution nötig sei, sei dies eine andere Sache.

Solidarität ist gefragt

Es gibt Grund genug, die weitere Behandlung der oppositionellen Gewerkschafter in Brasilien auch von hier aus aufmerksam zu verfolgen. Die Solidarität, die der DGB, die IG Metall, die Betriebsräte von VW und Daimler-Benz bisher geübt haben, sind für praktische gewerkschaftliche Solidarität ein beeindruckendes Beispiel, das mit einer Fortsetzung und Vertiefung noch an Bedeutung gewinnen kann. Die internationalen Gewerkschaften sollten alles tun, um zu verhindern, daß Lula und seine Kollegen wegen der Praktizierung eines Grundrechtes eingesperrt werden. Den brasilianischen Politikern muß klargemacht werden, daß sie ohne die Gewährung des Koalitions- und Streikrechts nicht in den Kreis moderner Industriestaaten aufgenommen werden können - und gerade dies hat Brasilien bitter nötig.

Wer wollte bestreiten, daß die deutschen Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften denen Brasiliens verbunden sind. Die Verlagerung von Produktionsstätten in Länder mit niedrigerem Lohnniveau wirft für beide Länder Probleme auf, bei denen noch viel Raum für solidarische Lösungen ist. Diese können - wenn überhaupt - nur gefunden werden, wenn zwischen den europäischen Gewerkschaften und denen Brasiliens ein dauerhafter Informationsstrom hin- und herfließt**.

Ulrich Borsdorf

** Einen analytischen Beitrag über die Gewerkschaften in Brasilien, verfaßt von Hans-Jürgen Krüger und Ingrid Sarti, werden wir in unserem Heft 7 oder 8/81 abdrucken.